

grüne welle

das magazin für grüne politik in schleswig-holstein



Zukunftsprogramm Arbeitsland

landesverband | Seite 3

**Informationsfreiheit
unter Verschluss**

landtag | Seite 6

EU-Meeresschutzpolitik

bundestag | Seite 9



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Sparen an der Zukunft

Sparen sollen wir, verkündete Peter Harry Carstensen aus dem Sommerloch und war mit merkwürdigen Tipps gar nicht sparsam. Billigere Autos sollen wir kaufen (also besser keine deutschen?) und weniger in Urlaub fahren (auch nicht nach Schleswig-Holstein?).



Er hat offenbar noch nichts davon gehört, dass die deutsche Wirtschaft seit Jahren besonders unter der zu geringen Binnennachfrage leidet. Die daraus resultierenden Steuermindereinnahmen belasten nicht zuletzt auch den Landeshaushalt. Vielleicht klären ihn ja die neuen Wirtschaftsberater der Landesregierung über diese Zusammenhänge auf. Dass der Ministerpräsident für den Expertenkreis ausgerechnet den Ex-Staatssekretär und Strippenzieher Carl-Hermann Schleifer aus der Barschel-Regierung wieder aktiviert, düpiert nicht nur seinen eigenen Wirtschaftsminister, sondern ist vor allem an Ignoranz gegenüber der demokratischen Kultur nicht zu überbieten.

Die Landesregierung selbst geht beim Sparen mit schlechtem Beispiel voran und spart bei den Kommunen und den Kindern. Statt mit einer konsequenten Verwaltungsreform langfristige Effizienz- und Einspargewinne zu erzielen, wird eine weitere „Dienstleistungsebene“ eingezogen und damit Bürokratie aufgebaut. Zahlen sollen die Gemeinden, deren Haushalte schon längst keine nennenswerten Investitionen mehr zulassen, und unsere Kinder. Die Standards in den Kindergärten sollen gesenkt, die Schülerbeförderungskosten erhöht und Studiengebühren eingeführt werden. Dies alles hat mit einer nachhaltigen, auf morgen ausgerichteten Haushaltspolitik nichts zu tun. Wer an den Kindern spart, versündigt sich an der Zukunft unseres Landes.

Euer Landesvorstand

Marlies, Robert, Anke und Markus

www.sh.gruene.de in neuem Gewand

Von Markus Stiegler

Lange schon wird gebastelt – bald ist es soweit: Portal und Website des Landesverbandes erhalten ein neues, frischeres Gesicht! Aber damit lange nicht genug: Wir wollen auch Barrierefreiheit gewährleisten. Barrierefreiheit im Web meint, den ungehinderten Zugang zu allen Informationen eines Webangebotes für jede UserIn zu ermöglichen - unabhängig davon, ob er/sie wegen körperlicher Behinderung oder als NutzerIn eines bestimmten Web-Browsers an definierte einheitliche Kriterien der Darstellung von Informationen gebunden ist.

Neben der Einführung weiterer technischer Neuerungen werden auch die Inhalte unserer Website noch mehr auf die Bedürfnisse unserer BesucherInnen zugeschnitten. Dann gilt der Appell an alle: Testet uns! Sag, was du als UserIn vermisst, was wir besser machen könnten! Informiere uns über spannende Aktionen, an denen du als GrüneR vor Ort beteiligt bist und die eine landesweite Mobilisierung verdienen: Denn Aktualität und Veränderung sind mit das Wichtigste für eine gute Webpräsenz. Auch für parteiinterne Kommunikation und Mitgliederverwaltung wird es mittelfristig deutliche Verbesserungen für alle Kreis- und Ortsverbände geben: So soll es eine einheitliche Software für Mitgliederverwaltung, Buchhaltung und Adressverwaltung geben. Hierzu werden wir euch rechtzeitig informieren und voraussichtlich auch Schulungen anbieten können.

Über den genauen Tag des Starts der neuen Website informieren wir in unserem digitalen Info-Brief des Landesvorstandes. Newsletter noch nicht bestellt? Abonniert ihn über www.sh.gruene-partei.de.



Arbeit gerecht verteilen – für eine Arbeitszeitpolitik

Mit der größeren Vielfalt und der Individualisierung des Arbeitsprozesses wachsen Staat und Politik eine größere Verantwortung zu.

Von Robert Habeck

Die Krise des Arbeitsmarktes ist nicht nur ein Symptom stockenden Wirtschaftswachstums durch einen schwachen Binnenmarkt, sondern auch Ausdruck eines tiefer gehenden Wandels der Arbeitswelt, der die Prinzipien unseres Gemeinwesens betrifft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor neue Herausforderungen stellt.

Die Automatisierung vieler Arbeitsgänge entwertet menschliches Tätigsein oft zum teuren und abzubauenen Hindernis. Andererseits verwischt die technologische Revolution die Grenze von Produktion und Konsum, Arbeit und Freizeit. Damit wird nicht nur das feste, tarifvertraglich geschützte Anstel-

lungsverhältnis vom Regelfall zu einem Fall unter vielen, die lebenslange Bindung an eine Firma oder an einen Beruf eher Ausnahme als Normalzustand; auch die Menschen selbst emanzipieren sich von dem Zwang zur permanent gleichen Arbeit.

Dies weckt bei vielen Menschen Ängste, ist aber auch ein Prozess, der Chancen für eine neue Mündigkeit des Einzelnen und einen gefestigten Zusammenhalt der Gesellschaft bietet – wenn er denn durch mutige Schritte und weitsichtige politische Entscheidungen begleitet wird.

Die Vielschichtigkeit der Lebensläufe und Arbeitsformen zwingt zu einer

neuen Bestimmung des Verhältnisses von Familienarbeit und Lohnerwerbsarbeit, von Staat und Individuum, von Wirtschaft und Arbeit, die der Unterschiedlichkeit von Lebensentwürfen Rechnung trägt.

Mit der größeren Vielfalt und der Individualisierung des Arbeitsprozesses wachsen dem Staat und der Politik auch größere ordnungspolitische Verantwortung zu.

Die GRÜNEN stellen sich der Debatte um die Zukunft der Arbeitswelt

Genau zwischen diesen Polen ist die Debatte angesiedelt, die die GRÜNEN Schleswig-Holstein in den letzten Monaten und auf dem Parteitag im Mai geführt haben.

Auf diesem Terrain ist so mancher Begriff verbrannt und belastet und die Vorwürfe in die eine oder andere Richtung sind schnell bei der Hand. Es kommt also darauf an, Wege politischer Handlungsmöglichkeiten zu finden, die sich nicht in die Schlagwort-Diffamie-

rungen von fettem Staat versus schlankem Staat einspannen lassen, sondern neue Gestaltungsoptionen entwickeln.

So haben wir uns sehr daran gewöhnt, Gerechtigkeitsfragen allein über das Steuersystem zu behandeln. Wie in der Umweltpolitik, wo mit dem Emissionshandel ja ein Abgabeargument jenseits vom Steuersystem geschaffen wurde, könnte dies z.B. auch bei der Arbeitszeit erfolgen.

Neueste soziologische Untersuchungen haben gezeigt, dass eine überwältigende Mehrzahl der Menschen für ein ausgewogenes Verhältnis von Freizeit und Arbeit bereit ist, auch relative Einkommenseinbußen hinzunehmen.

Zu viel arbeiten zu müssen, senkt hingegen die Lebenszufriedenheit stark. Obwohl derzeit im liberalen Trommelfeld in Vergessenheit geraten, sind Arbeitszeitverkürzungen nach wie vor ein gutes Mittel gegen Arbeitslosigkeit.

Es ginge also um eine Art staatliche Vorgabe zur Arbeitszeit. Diese Rahmenvorgaben sollten einen Kernbereich von Arbeitszeit abgabenfrei stellen, darüber hinaus gehende Arbeitszeit stärker belasten. Mehrarbeit ist weder verboten noch unmöglich, aber sie hat einen Preis an die Solidargemeinschaft zu entrichten, mit der diese ihre Folgen ausgleicht.

Dahinter steht die Einsicht, dass der Staat, wenn er in Zukunft einen sozial

verantwortlichen Rahmen setzen will, materielle Umverteilung stärker an post-materiellen Kriterien ausrichten muss, an sozialen und ökologischen Standards, an der Lebenszufriedenheit der Menschen, an dem zivilgesellschaftlichen Engagement – an der Idee, den Menschen Mündigkeit und Würde zu ermöglichen. Hier mündet die Frage nach dem Wert von Arbeit in die nach dem Status von BürgerInnenrechten.

Und hier hat die Debatte bei den GRÜNEN Schleswig-Holstein ihre Fortsetzung gefunden. Einmischung erwünscht! ●

Bildungsoffensive - Jetzt!

Von Anke Erdmann

Die Bildungspolitik der Großen Koalition hat vor allem eine mathematische Ausrichtung: Oberstufenreform und die Frage nach Studiengebühren sind eine Rechnung zur Entlastung des Landeshaushaltes. Zudem soll allen klar werden, was bei dem „kleinsten gemeinsamen Nenner“ in der Praxis so herauskommen kann. Oder eben auch nicht.

Bildungspolitik ist für uns schon lange ein zentrales Politikfeld. Darum wollen

wir – Partei und Fraktion gemeinsam – auch in diesem Bereich noch stärker in die Offensive gehen. Die Landtagsfraktion plant derzeit die Einführung bildungspolitischer Gespräche, für die im vierten Quartal dieses Jahres der Startschuss fallen soll. Kontinuierlich sollen diese Veranstaltungen innovativer Bildungspolitik ein Forum in Schleswig-Holstein bieten.

Der Landesvorstand konzipiert parallel gerade ein Veranstaltungskonzept für

die Kreis- und Ortsverbände. Im Herbst könnten dann bei euch vor Ort in einem „Aktionsmonat“ Filme zum Thema Bildung gezeigt werden. Ob in „Schulen am Wendekreis der Pädagogik“ skandinavische Beispiele zu sehen sind oder „Rythm is it“ die Kombination von Bildung und Tanz in Berlin zeigt – eines wird allen Filmen gemeinsam sein: Es sind Filme, die Mut machen, es sind mitreißende Filme!

Das Ganze kann vor Ort von „klein und fein“ bis „Großes Kino“ umgesetzt werden. Denkbar ist, erstmal nur einen Film zu zeigen – per DVD vielleicht im eigenen Wohnzimmer. Und wer ein kooperatives Kino im Kreis hat, kann vielleicht auch vier Filme verteilt über einen Monat im „richtigen“ Filmsaal zeigen.

Ein Konzept geht den Kreisverbänden nach den Sommerferien per Mail zu. ●



▶ Mehr Infos:
www.sh.gruene.de

GRÜNE bleiben in Bewegung

Spielerische gemeinsame Bildung: erleben dies heute alle Krabbelkinder in Schleswig Holstein, noch bevor sie in die Schule kommen? Leider vermutlich nur dann, wenn unser Konzept „Clever Starten“ umgesetzt wird, für das sich Monika Heinold engagiert.



Nicht so clever ist die Landesregierung, die das Informationsfreiheitsgesetz, eine Errungenschaft von Rot-Grün, verwässern will. Darüber berichtet unser neuer Fraktionsvorsitzender Karl-Martin Hentschel.

Geld ist reichlich da, aber es wird nicht ausgegeben. Diese Absurdität kennzeichnete in den letzten 18 Monaten die Arbeitsmarktpolitik - auch in Schleswig-Holstein. Stichworte zu diesem Skandal in diesem *fördewind*. Ebenso wie für Arbeitslosenrechte machen wir uns für Konzepte zur beruflichen Erstausbildung stark, mehr dazu auch in dieser Ausgabe.

Schlapp machen mussten die Atomkraftwerke in diesem Sommer - zu wenig kühles Wasser im Fluss. Was der Energiemarkt derzeit sonst noch zu bieten hat, präsentiert euch mein neuer und aus den letzten beiden Legislaturperioden vertrauter Kollege Detlef Matthiessen.

Vertraut ist mir seit zwei Legislaturperioden auch die Zugfahrt, die mich als nachgerückte Abgeordnete aus Lübeck wieder wöchentlich von der Trave an die Kieler Förde führt. Im Gepäck das Fahrrad, denn wir GRÜNEN bleiben in Bewegung.

Angelika Birk
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Clever Starten: Frühe Förderung für alle Kinder

Mit unserer neuen Broschüre „Clever Starten“ machen wir deutlich: Deutschland gibt im europäischen Vergleich relativ wenig Geld für Kindertagesstätten aus, während wir auf der anderen Seite relativ viel Geld direkt an die Eltern zahlen. Familie und Erwerbstätigkeit zu verbinden ist in Deutschland leider immer noch sehr schwierig. Nur jedes zehnte Kind unter drei Jahren hat die Möglichkeit, eine Kita zu besuchen.

DIE GRÜNEN wollen diese Schwerpunktsetzung umdrehen. Wir fordern, dass das Ehegattensplitting abgeschafft wird. Damit würden rund 20 Milliarden Euro frei, um die Kinder und nicht die Ehe zu fördern und mehr Geld in die Kinderbetreuung zu stecken.

In der Broschüre stellen wir unsere Vision einer Kindertagesstätte der Zukunft vor und formulieren konkrete Forderungen an die Landes- und Bundespolitik. Meldet euch bei uns (Kontakt: siehe Impressum). Wir schicken euch das Heft gern zu.

Monika Heinold
Parlamentarische Geschäftsführerin



Das gläserne Rathaus zieht die Vorhänge zu

Das Informationsfreiheitsgesetz, das in Schleswig-Holstein unter Rot-Grün beschlossen wurde,

war eines der fortschrittlichsten in Deutschland. Schwarz-Rot will es nun verwässern.

Große Koalitionen - schlechte Zeiten für Bürgerrechte!

Von Karl-Martin Hentschel

Unter Rot-Grün nahm Schleswig-Holstein eine Vorreiterrolle bei Bürgerrechten und bei der Transparenz von Verwaltung und Behörden ein. Als eines der ersten Bundesländer hat Schleswig-Holstein im Jahr 2000 ein Informationsfreiheitsgesetz (IFG) verabschiedet.

Entgegen den Befürchtungen vieler KritikerInnen hat das IFG in Schleswig-Holstein nicht zu einem Ansturm auf die Behörden geführt und die dortige Arbeit lahm gelegt. Insgesamt hat sich eine maßvolle, aber stetige Nutzung des Rechts auf Akteneinsicht entwickelt.

Die Tätigkeitsberichte des Datenschutzbeauftragten wiesen aber auch immer wieder darauf hin, dass der Gedanke der Transparenz noch lange nicht jede Amtsstube erreicht hat. So konnten einige Fälle nur durch Vermittlung des Datenschutz-/Informationsbeauftragten geklärt werden.

Wir GRÜNE gehen heute nach wie vor davon aus, dass Informationsfreiheit einen positiven Einfluss auf die Demokratie hat. Sie beugt Misstrauen und Verschwörungstheorien, Politikverdrossenheit und Ohnmachtsgefühlen in der Bevölkerung vor. Transparenz ist ein Zeichen des Vertrauens in die Demokratie.

Umso befremdlicher ist es, dass ohne Not dieses Recht wieder eingeschränkt werden soll. Das IFG in der von Schwarz-Rot überarbeiteten Form ist ein Rückschritt. Es ist Ausdruck einer Gesinnung, die den BürgerInnen grundsätzlich misstraut. Geplant sind unter anderem folgende Einschränkungen des Informationszugangs:

1. Wenn Behörden einkaufen, geht's die BürgerInnen nichts an:

Auch Behörden handeln zuweilen als „Private“, d.h. sie kaufen z.B. Heizöl für die Dienstgebäude ein.

Gerade privatrechtliche Geschäfte der Verwaltung sind für die Allgemeinheit von großem Interesse, z.B. bei dem Verdacht auf Vetternwirtschaft und Korruption oder im Hinblick auf die Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung.

Nach dem Entwurf der Landesregierung soll dieser Bereich von der Anwendung des IFG nunmehr ausdrücklich ausgeschlossen werden.

2. Ausschluss von Privatpersonen oder -firmen, die öffentliche Verwaltungstätigkeit wahrnehmen

Nicht alle Verwaltungsleistungen werden vom Verwaltungsapparat im engeren Sinne wahrgenommen. Häufig werden Aufgaben auf eine stadteigene GmbH übertragen. Dies gilt zum Beispiel für Müllverbrennungsanlagen. Auch hier sollen BürgerInnen zukünftig keine Auskunft mehr bekommen. Dieser Punkt ist noch gravierender.

Transparenz ist ein Zeichen des Vertrauens in die Demokratie

Denn immer mehr Aufgaben des Staates werden in eigene Gesellschaften ausgelagert oder an Dritte übertragen. Gerade in diesen Bereichen herrscht die größte Intransparenz bezüglich des staatlichen Handelns.

Daneben sind einige Verfahrensneuregelungen geplant, die den Zugang der BürgerInnen zu Behördenakten erschweren.

Der Großen Koalition geht es nicht um Verwaltungsvereinfachung, sondern um das „Durchregieren“ – ohne Rücksicht auf Vernunft und die Interessen der BürgerInnen. ●

Netzausbau: GRÜNE fordern Erdkabel

Von Detlef Matthiessen

Die Verstärkung der Stromnetze ist von strategischer Bedeutung für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Deshalb hat die GRÜNE Landtagsfraktion einen Antrag gestellt, der den Neubau von Erdkabeln fordert (DS 16/710).

Worum geht es? Die Windenergie deckt heute ein Drittel des Stromverbrauchs im Land ab. Das Stromnetz hat die Kapazitätsgrenzen überschritten. Die E.ON Netz GmbH ist gesetzlich verpflichtet, das Netz auszubauen und hat daher den Bau von drei Freileitungen beantragt. Dies trifft auf erheblichen Widerstand von Landwirtschaft, Naturschutz und WindmüllerInnen. Diese wollen Erdkabel statt Freileitungen.

Der Energiemonopolist verfolgt ein ganz anderes Ziel: Mit dem Beharren auf Freileitungen, das E.ON mit geringeren Kosten begründet, verzögert sich der Netzausbau um Jahre. Während Erdkabelprojekte schnell zu realisieren sind, kann E.ON die Windenergie-

branche mit der Freileitungstaktik erheblich behindern: Wird der Antrag nach langem Verfahren endlich genehmigt, ist mit Klagen der betroffenen Landeigentümer zu rechnen. Wird die Genehmigung versagt, klagt der Antragsteller E.ON. In beiden Fällen wird erreicht, dass Zeit, Zeit, Zeit vergeht.

Der Netzbetreiber diskriminiert damit seine Konkurrenten äußerst geschickt – zum Nachteil der Gesamtwirtschaft in unserem Lande.

Statt eine zahllose Kontrollbehörde einzuführen, sollten die Netze verstaatlicht werden. ●



Erneuerbare Energien: Verfangen im Netz von E.ON.

Wo bleibt das Fördern?

Von Angelika Birk

„Junge Arbeitslose ziehen von zuhause aus, um Arbeitslosengeld II zu kassieren und verheimlichte ‚Wilde Ehen‘ bewir-

ken einen massenhaften Leistungsmissbrauch.“ So rechtfertigt die Bundesregierung, dass neuerdings arbeitslose junge Erwachsene bis zum Alter von 25 Jahren im „Hotel Mama“ verweilen und Wohngemeinschaften langzeitarbeitslose Mitglieder mit durchfüttern müssen.

Tatsächlich liegen die Missbrauchsquoten bundesweit unter drei Prozent, musste die Arbeitsagentur zugeben, und die parlamentarische Kleine Anfrage von Monika Heinold förderte zutage, dass bundesweit gar keine Daten über die Umzüge junger Leute in ALG II-Bezug erhoben werden.

Diese von uns vorgetragenen Fakten konnten die Große Koalition in Kiel

nicht dazu bewegen, die Gesetze zur verschärften Kontrolle der Arbeitslosen im Bundesrat abzulehnen.

„Wie werden denn Arbeitslose in Schleswig-Holstein gefördert?“, haben wir die Landesregierung gefragt. Die Antwort ist erstaunlich: Im letzten Jahr flossen auch in Schleswig-Holstein über die Hälfte der Bundesmittel zur Förderung von Arbeitslosen ungenutzt an den Bundesfinanzminister zurück.

Das muss den Hartz IV-EmpfängerInnen wie Hohn erscheinen. Die Großen Koalitionen in Berlin und Kiel dürfen nicht nur fordern, sondern müssen endlich auch ihrer Verantwortung für das Fördern gerecht werden. ●



Gerade junge Hartz IV-EmpfängerInnen warten auf ihre Chance

Jeder Jugendliche braucht eine Perspektive

Von Karl-Martin Hentschel

Hatten wir noch vor zwei Jahren eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen in Schleswig-Holstein, so kommen jetzt auf 100 BewerberInnen nur noch 77 Plätze. Ein solches Drama hat es in Schleswig-Holstein noch nie gegeben. Das Bündnis für Ausbildung ist auf ganzer Linie gescheitert!

Die Landesregierung bringt nichts Neues. Keine Analyse der Situation, keine neue Idee. Schlicht ein „weiter so“. Es ist in keiner Weise erkennbar, wie auf die Krise reagiert werden soll. Alle Wachstumsstudien sagen uns, dass unser Standort einzig und allein davon abhängt, ob es uns gelingt, gut qualifizierte junge Leute auszubilden und an unsere Region zu binden. Nichts ist so attraktiv für die Ansiedlung von Firmen, wie gut ausgebildete Menschen, deren Köpfe sie für sich gewinnen können.

Und nun will die CDU-Mittelstandsvereinigung sogar den Unterricht in der Berufsschule zusammenstreichen. Wem nützt das? Die Firmen, die die Auszubildenden als billige Arbeitskräfte nutzen wollen, werden sich freuen. Aber in solchen Firmen fallen schon heute ein Drittel der Auszubildenden durch die Prüfung, weil sie schlecht vorbereitet werden. Wir erwarten, dass die Landesregierung ein Aktionsprogramm aufstellt, das dafür sorgt, dass jeder Jugendliche in Schleswig-Holstein eine berufliche Perspektive bekommt. ●



Die Landesregierung muss mehr tun für mehr Ausbildung

Nichtraucherantrag: CDU und SPD tun sich schwer

Bereits im Dezember 2005 hatten wir unsere Landtagsinitiative zum rauchfreien öffentlichen Raum gestartet. Inzwischen wird deutschlandweit über dieses Thema diskutiert. Nach unserem Vorschlag sollte das Landeshaus schnell und vorbildlich zur rauchfreien Zone erklärt werden.

Nun beraten die Ausschüsse des Landestags schon über ein halbes Jahr über unseren Antrag. Warum zögern CDU und SPD noch? Die Menschen warten auf ein Signal.

Monika Heinold



Typisch: Landesregierung spart beim FÖJ

Im nächsten Jahr wird die Schere an das Freiwillige Ökologische Jahr gesetzt. Das ist typisch für diese Landesregierung: Mal wieder wird im Bereich Umwelt- und Naturschutz gespart. Diese Sparmaßnahme schadet nicht nur dem Umweltschutz, sondern auch den jungen Menschen, die keinen FÖJ-Platz erhalten und damit eine Chance weniger haben, Schlüsselqualifikationen für Ausbildung und Beruf zu erlangen.

Detlef Matthiessen



Detlef Matthiessen und zwei FÖJlerinnen

Unzureichende Vorschläge der EU-Kommission zur künftigen EU-Meerespolitik

Grünbuch zur Meerespolitik und Europäische Meeresschutzstrategie: Die EU blickt aufs Meer und erkennt dringenden Handlungsbedarf. Ihre Vorschläge bleiben jedoch zu oft hinter der eindringlichen Problemanalyse zurück.

Von **Rainer Steenblock**

Grünbuch zur Meerespolitik

„Kann Europa es sich leisten, seine Meere und Ozeane sektorspezifisch und mit Hilfe unkoordinierter Einzelmaßnahmen zu verwalten?“, fragt die EU-Kommission - und lässt mit ihrem im Juni vorgelegten

trientwicklung, Tourismus, Energie, Fischerei, Forschung - „nachhaltig“ unter einen Hut zu bringen. Dabei geht es der EU um Wachstum und Beschäftigung, auch um Ressourcenerhaltung - nicht vorrangig um Umweltschutz. Ökologisch geschützt werden soll, was sich auch ökonomisch rechnet.



„Grünbuch Meerespolitik“ keinen Zweifel an der Notwendigkeit einer „ganzheitlichen Sicht“ auf das Meer. Ziel ist es, alle Nutzungsinteressen - Seeverkehr, Indus-

Europäische Meeresschutzstrategie

Was aber ist zu tun gegen Überfischung, Lärmbelastung, Verschmutzung und gegen den Verlust der Biodiversität?

Auch auf diese Fragen müssen Antworten gefunden werden. Europa kann es sich nicht leisten, nur im Kontext wirtschaftlicher Nutzung dem Umweltschutz eine Funktion einzuräumen. Ein integriertes Meeresschutzkonzept ist deshalb dringend notwendig. Dazu soll das „Wirtschaftskonzept Grünbuch“ durch eine Umweltsäule ergänzt werden. Denn die Meeresumwelt ist einem erheblichen Druck durch die wirtschaftliche Nutzung des Meeres ausgesetzt. Dem gegenüber steht die große Bedeutung des Meeres für das Klima, für den langfristigen wirtschaftlichen Wohlstand sowie für die Lebensqualität in Europa. Die Vorschläge der Kommission werden dieser Bedeutung allerdings nicht gerecht. Zentrale Schwächen sind z. B.: der sehr wenig ambitionierte Zeitplan oder dass Ausgestaltung sowie Umsetzung ausschließlich in Händen der Mitgliedstaaten liegen sollen. In einem Fachgespräch wollen wir diese Schwächen prüfen und ambitionierte Vorschläge erarbeiten. ●



Rainer Steenblock,
europapolitischer Sprecher
Bündnis 90/Die Grünen

Fachgespräch: EU-Meeresstrategie

Grüne Vorschläge für einen ambitionierten Meeresschutz

23. Oktober in Berlin

Weitere Informationen:
www.rainder-steenblock.de



Besonders ExistenzgründerInnen und FreiberuflerInnen werden von der GEZ-Gebühr auf Computer betroffen sein

Für eine einheitliche Mediengebühr

Von **Grietje Bettin**

Schon im Juni hatten wir über die PC-Gebühr berichtet: Ab dem 1. Januar 2007 muss nach dem Rundfunkgebührenstaatsvertrag der Länder auch für Computer mit Internetzugang Rundfunkgebühr bezahlt werden.



Grietje Bettin,
medienpolitische Sprecherin
Bündnis 90/Die Grünen

Ob die Gebühr so hoch sein wird wie die bisherige Fernsehgebühr oder ob lediglich die Höhe der derzeitigen Radiogebühr fällig wird - darüber streiten die Sender und Ministerpräsidenten derzeit noch. Völlig unklar ist auch, wie hoch die zusätzlichen Einnahmen der GEZ sein werden.

Es kursieren Zahlen zwischen zwei Millionen und rund 300 Mio Euro Mehreinnahmen im ersten Jahr. Die ganze Debatte hinterlässt den Eindruck eines großen Durcheinanders.

Die Bundesländer machen sich trotz Kritik für die PC-Gebühr stark. Weder der Chef der Rundfunkkommission noch die Landesregierungen sehen Änderungsbedarf. Wir hingegen haben uns deutlich gegen diese Gebühr ausgesprochen und die Ministerpräsidenten dazu aufgefordert, die PC-Gebühr zu stoppen. Dazu ist es bisher nicht gekommen. Inzwischen hat die Vereinigung der Rundfunkgebührenzahler Verfassungsbeschwerde eingereicht, kleine und mittelständische Betriebe protestieren. Zu Recht, wie ich finde.

PC-Gebühr ist ungerecht

Die Einführung der PC-Gebühr zum jetzigen Zeitpunkt ist verfrüht und ungerecht. Verfrüht, weil ARD und ZDF im Internet derzeit nur einen Bruchteil dessen anbieten, was über den Fernseher empfangen werden kann. Außerdem ist bei weitem nicht jeder Internetanschluss in der Lage, schnelle Fernsehbilder zu übermitteln.

Ungerecht ist die PC-Gebühr, weil vor allem Selbständige und kleine Hand-

werksbetriebe von der neuen PC-Gebühr betroffen wären. Sie nutzen ihren PC aber für ihre Arbeit - und nicht, um Radio zu hören oder fernzusehen. Weil die neue Gebühr nur einmal pro Niederlassung erhoben wird, belastet sie vor allem kleine Betriebe.

Auch wenn sich die Ministerpräsidenten im letzten Moment dazu entscheiden sollten, die PC-Gebühr noch einmal zu verschieben - das Problem ist damit nicht gelöst. Spätestens in zwei Jahren wird die ganze Diskussion aufgrund des technischen Wandels von vorne beginnen. Handys und andere Geräte werden dann längst standardmäßig rundfunktauglich sein.

Grüne wollen Gerätegebühr abschaffen

Der Ansatz einer Gerätegebühr ist deshalb veraltet. Wir Grünen fordern stattdessen eine Mediengebühr pro Haushalt und Betrieb. Wir haben dabei ein Modell vor Augen, das einen einheitlichen Betrag für alle Haushalte und eine gerechte und transparente Lösung für Betriebe vorsieht. Die Vorteile liegen klar auf der Hand: Die Fahndung der GEZ wird praktisch überflüssig, weil einzelne Geräte nicht mehr gezählt und berechnet werden müssen. Befreiungen sind weiterhin möglich. Immer neue Debatten um die Aufnahme neuer Geräte sind dann beendet. Vorbei ist die Unsicherheit bei der Erfassung von Zweitgeräten im Gartenhäuschen oder Auto. Diese Vereinfachung wird den Verwaltungsaufwand verringern und damit Kosten sparen.

Wir Grünen zeigen mit der Mediengebühr eine überzeugende Alternative zur bisherigen GEZ-Gebühr auf und werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass unser Konzept umgesetzt wird. ●

▶ Neue Mitglieder nach Berlin!

*Neu dabei bei Bündnis 90/Die Grünen?
Interesse an der Bundespolitik?*

*Dann möchte ich Dich einladen,
an einer dreitägigen politischen
Bildungsreise teilzunehmen*

Termin: Frühjahr 2007

Weitere Informationen in meinem
Wahlkreisbüro!

Empfänger von Agrarmitteln offen legen

rs Mit dem peinlichen Gezerre um die von der EU geforderte Offenlegung der Empfänger will die Bundesregierung anscheinend verschleiern, dass der Großteil der Mittel an die großen Betriebe und die Nahrungsmittelkonzerne geht. Wir werden weiter für Transparenz kämpfen. ●

Ländliche Räume entwickeln

rs Dank der Verhandlungsstrategie von Angela Merkel werden die EU-Gelder für die Entwicklung der ländlichen Räume ab 2007 drastisch gekürzt. Das bedeutet: 400 Millionen Euro jährlich weniger für artgerechte Tierhaltung, regionale Marktentwicklung, Ökolandbau und Energie aus Biomasse. Zu befürchten ist, dass auch die Bundesländer ihre Ko-finanzierungsmittel absenken werden.

Wir fordern, dass der Bund die fehlenden EU-Mittel kurzfristig ausgleicht, in dem er die Möglichkeiten zur Umschichtung innerhalb der Agrarmittel nutzt. ●

Wahlkreisbüro Steenblock
Barbara Laubheimer
Thorsten Berndt
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553987
Telefax 04101 553986
rainder.steenblock@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Irene Hahn
Silvia Uplegger
Elvira Schmiel
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-72056
Telefax 030 227-76056
rainder.steenblock@bundestag.de

▶ www.rainder-steenblock.de

Wahlkreisbüro Bettin
Claudia Prehn
Florian Bernstorff
Im Brauereiviertel 5, 24118 Kiel
Telefon 0431 5578262
Telefax 0431 5578224
grietje.bettin@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Konstanze Ullrich
Nina Morschhäuser
Stephan Kolbe
Kim Mercedes Osterwald
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052
Telefax 030 227-76051
grietje.bettin@bundestag.de

▶ www.g-bettin.de

Neu im Büro Steenblock:



Elvira Schmiel

Seit dem 1. August 2006 im Bundestagsbüro zuständig für die Büroorganisation und Terminkoordination.

Kultur in Schleswig-Holstein - ein weites grünes Feld!

gb In Schleswig-Holstein gibt es herausragende, teils weltweit bekannte Institutionen kulturellen Lebens. Dazu gehören z. B. das Schloss Gottorf, die Jazz Baltica, das Nolde-Museum, das Weltkulturerbe Lübeck oder das Schleswig-Holstein-Musik-Festival.

Was aber gibt's noch, im „Schatten“ dieser Kulturriesen? Wie steht es mit den Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende? Wie geht der Städtewandel mit Blick auf den Denkmalschutz vonstatten? Wie nehmen jungen Menschen am kulturellen Leben teil, gerade auch Benachteiligte?

Diesen und weiteren Fragen aus den Bereichen „Medienkultur“, „Architektur und Städtebau“ sowie „Soziokultur“ will ich in den nächsten Monaten intensiv nachgehen. Die ersten Gespräche zu Architektur und Stadtentwicklung finden im Oktober in Flensburg, Schleswig und Rendsburg statt.

Termine der Kulturkampagne sind auf meiner Homepage www.g-bettin.de zu erfahren. ●

Börsengang der Bahn

rs Über den Börsengang der Deutschen Bahn AG wird nach der Sommerpause entschieden. Somit stand er auch im Mittelpunkt der grünen Bahnkonferenz im Juli, wo das grüne „Wachstum-Schiene-Modell“ vorgestellt wurde: die gesamte Infrastruktur, die alle Eisenbahn-

unternehmen nutzen, soll in einer Deutschen Schieneninfrastrukturgesellschaft zusammengefasst werden, die unternehmerisch geführt wird. Dieses Unternehmen würde zu 100 Prozent im Bundesbesitz bleiben, wogegen die Transportgesellschaften schrittweise privatisiert werden könnten, da der Betrieb von Eisenbahnen keine staatliche Aufgabe darstellt. Am wichtigsten muss dabei der Fahrgast bleiben. So fand am 29.8. als Auftakt vor der Fraktionsklausur in Rostock auch eine weitere Veranstaltung unter dem Motto „Wem soll die Bahn gehören?“ statt. ●



Infos und Termine

Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

Am 17. September wird in Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Um die 5 Prozent-Hürde zu überspringen, brauchen die 300 Mitglieder vor Ort dringend Hilfe, entweder beim Plakatieren oder für die Stände in den letzten beiden Wochen vor der Wahl. Auch wir haben ja schon von der Hilfe anderer Landesverbände profitiert und bitten um eure Unterstützung (der GRÜNE Landesvorstand und die Landtagsfraktion haben ihr Kommen schon zugesagt). Hier könnt Ihr eure Bereitschaft bekunden und euch anmelden: post@m-v.gruene.de.

► Mehr Infos: www.m-v.gruene.de

Anti-Atombewegung im Kreis Steinburg

Wenige Wochen nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ging 1986 das AKW Brokdorf ans Netz. Der Kreisverband Steinburg dokumentiert 20 Jahre Widerstandsbewegung im Kreis. Die Broschüre kann kostenlos bestellt werden.

Mitarbeiten an der Energiewende? Unsere Landesarbeitsgemeinschaft Energiepolitik freut sich auf Interessierte! Kontakt: lag.energie.sh@gruene.de



Heinrich Voß, Kreistagsabgeordneter aus Steinburg, bereitet Protestballons vor

► Mehr Infos: kv.steinburg@gruene.de

1. bis 3. 9.2006

GRÜNER Zukunftskongress „Wie geht's nach morgen?“ in Berlin, www.gruenerzukunftskongress.de

9. 9. 2006

Kleiner Parteitag (KPT) des Landesverbandes in Kiel

25. 11. 2006

Kleiner Parteitag (KPT) des Landesverbandes

► Mehr Termine: www.sh.gruene.de

GRÜNE stärkste Fraktion!

Die GRÜNE Hochschulgruppe Kiel ist bei der Wahl zum Studierendenparlament stärkste Kraft geworden und hat die Jusos auf den 2. Platz verwiesen.

Auch in Flensburg gibt es jetzt eine GRÜNE Hochschulgruppe. Wer mitmachen möchte, kann sich melden bei: kv.flensburg@gruene.de



Friederike Pokatis, GRÜNE Vorsitzende des ASTA der Kieler Uni

► Mehr Infos: www.gruene.uni-kiel.de

Impressum

Herausgeber grüne welle

Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein
Wilhelminenstraße 18, 24103 Kiel
Telefon 0431 59338-0, Telefax 0431 59338-25
E-Mail: lv.sh@gruene.de, Internet: www.sh.gruene-partei.de

Herausgeberin fördewind

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Telefon 0431 988-1500, Telefax 0431 988-1501
E-Mail: fraktion@gruene.ltsh.de, Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Herausgeber berlin-report

Grietje Bettin und Rainer Steenblock
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052, Telefax 030 227-76051 (Grietje Bettin)
Telefon 030 227-72056, Telefax 030 227-76056 (Rainer Steenblock)

Redaktion und Gestaltung

Dr. Jörg Nickel (grüne welle + fördewind)
Claudia Prehn (berlin-report)

Fotos

Dr. Jörg Nickel, aboutpixel.de, photocase.com, pixelquelle.de

Grafische Konzeption

IN.MEDIUM GmbH | Agentur für Mediengestaltung
E-Mail: info@inmedium.net, Internet: www.inmedium.net

Druck

Oktoberdruck AG, Berlin